INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN FÜR DIE NUTZUNG DER WHISTLEBLOWING-PLATTFORM

Gemäß Artikel 13 und 14 der Allgemeinen Datenschutzverordnung (EU) 2016/679 / General Data Protection Regulation (GDPR) und im Allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Transparenz, der in der GDPR selbst festgelegt ist, stellt **Salus Center GmbH** die folgenden Informationen über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Meldenden (d. h. alle Informationen über eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person) zur Verfügung: "Betroffene Person"), die auf den internen Kanal nutzt, um Missstände oder Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Ausübung von Arbeitstätigkeiten gemäß dem D. Gesetzesdekret Nr. 24 vom 10. März 2023 ("Whistleblowing").

1. VERANTWORTLICHER DER DATENVERARBEITUNG

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung (d.h., die Person, die den Zweck und die Mittel zur Verarbeitung personenbezogener Daten festlegt) ist **Salus Center GmbH** mit Sitz in Salusstr. 21, I-39010 Tisens (BZ), Tel. +39 0473 920943, E-Mail: info@saluscenter.it Für Kontakte, die speziell den Schutz personenbezogener Daten betreffen, einschließlich der Ausübung der unter Punkt 10 genannten Rechte, geben wir folgende E-Mail-Adresse an: info@saluscenter.it an die Sie Ihre Anfragen richten können.

2. KONTAKTINFORMATIONEN DES DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN

Es wird hiermit bekannt gegeben, dass der Verantwortliche gemäß Art. 37 der GDPR den Datenschutzbeauftragten **(Data Protection Officer** – "**DPO**") ernannt hat, der über folgende Kanäle erreichbar sind: Telefon. +39 0474-790388; E-Mail dpo@saluscenter.it

3. ZWECK DER VERARBEITUNG

Die Verarbeitung der zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten dient der Verwaltung der Meldungen in Übereinstimmung mit den rechtlichen Anforderungen des Gesetzesdekrets Nr. 24 vom 10. März 2023 über "*Bestimmungen zum Schutz der Verfasser von Meldungen von Straftaten oder Unregelmäßigkeiten, von denen sie im Rahmen eines öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnisses Kenntnis erlangt haben*".

4. ART DER VERARBEITETEN DATEN

Die von der Gesellschaft verarbeiteten Daten können persönliche Informationen und Kontaktinformationen enthalten.
Darüber hinaus kann es vorkommen, dass das Unternehmen zur Erfüllung spezifischer gesetzlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Geschäftsbeziehung (wie z. B. obligatorische Mitteilungen an die Justizbehörden) bestimmte Datenkategorien ex Art. 9 GDPR und ex Art. 10 GDPR verarbeitet.

5. RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE VERARBEITUNG UND VERPFLICHTUNG ZUR BEREITSTELLUNG

Die Bereitstellung personenbezogener Daten für die Zwecke der Verwaltung von Meldungen ist für die Erfüllung der unter Punkt 3 genannten Zwecke unbedingt erforderlich. Die Nichtbereitstellung der Daten macht es daher unmöglich, die unter Punkt 3 genannten Tätigkeiten auszuführen.
Es besteht somit keine Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten, aber ohne die Bereitstellung ist es nicht möglich, die Meldung über den internen Kanal vorzunehmen. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist daher das berechtigte Interesse des Verantwortlichen an der ordnungsgemäßen Entgegennahme und Verwaltung der Meldungen sowie die Notwendigkeit für den Verantwortlichen, die ihm auferlegten rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

6. METHODEN DER DATENVERARBEITUNG UND -ERHEBUNG, ÜBERMITTLUNG VON DATEN UND MÖGLICHE VERBREITUNG

In Bezug auf die oben genannten Zwecke werden die personenbezogenen Daten unter Einhaltung der Vorschriften durch den Einsatz manueller, computergestützter und telematischer Instrumente mit einer streng auf die Zwecke bezogenen Logik und in jedem Fall so verarbeitet, dass die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten gewährleistet ist.
Es finden keine automatisierten Entscheidungsprozesse statt.
Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Meldungen über rechtswidriges Verhalten erfolgt durch die Person, die für die Verwaltung der Meldung in Ausübung ihrer Aufgaben gemäß dem D.lgs 23/24, und die Ressourcen der zuständigen Unternehmensstrukturen, an die sich der Verantwortliche für Whistleblowing-Meldungen wenden sollte, um die Tätigkeit der Überprüfung der Begründetheit der Meldung auszuführen.

Für die Erfassung und Verwaltung von Meldungen über gesetzeswidriges Verhalten verwendet das Unternehmen einen internen Meldekanal; insbesondere kann die meldende betroffene Partei die Mitteilung über die dem Unternehmen zur

Verfügung gestellten Formulare senden. Diese Mitteilung wird ausschließlich von Mitarbeitern entgegengenommen, die eigens für die Verwaltung des Meldekanals geschult wurden, wobei der Grundsatz der Vertraulichkeit der meldenden Person in vollem Umfang gewahrt bleibt.
Personenbezogene Daten werden nicht weitergegeben.

Um die unter Punkt 3 genannten Zwecke zu verfolgen, muss das Unternehmen personenbezogene Daten an Personen, einschließlich externer Personen, weitergeben, die zu den folgenden Kategorien gehören:

- Personen, die Dienstleistungen für die Verwaltung des Informationssystems erbringen;
- Subjekte, die Ablage- und Speichertätigkeiten durchführen, einschließlich der computergestützten Ablage und Speicherung von Dokumenten
- Justizbehörde
- Rechnungshof
- ANAC

7. SPEICHERUNGSDAUER

Personenbezogene Daten werden nur so lange aufbewahrt, wie es für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, erforderlich ist, unter Beachtung des Grundsatzes der Datenminimierung gemäß Artikel 5.1.c) GDPR.
Das Unternehmen kann einige Daten für den Zeitraum aufbewahren, der nach geltendem Recht erforderlich ist, sowie für den Zeitraum, der erforderlich ist, um Rechte vor Gericht durchzusetzen.

8. ORT DER DATENVERARBEITUNG

Die Verarbeitung personenbezogener Daten findet auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Es besteht nicht die Absicht, Daten außerhalb des Gebiets der Europäischen Union oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. RECHTE DER BETROFFENEN PERSON

Die GDPR gibt den betroffenen Personen die Ausübung der folgenden Rechte in Bezug auf die ihnen befassenden personenbezogenen Daten (die zusammenfassende Beschreibung ist bezeichnend, für die vollständige Äußerung der Rechte, siehe die Verordnung und insbesondere den Artt. 15-22):

a) das Recht auf **Zugang** zu den personenbezogenen Daten (die betroffene Person ist daher berechtigt, unentgeltlich Informationen zu den im Besitz des Verantwortlichen befindlichen Daten und zur entsprechenden Verarbeitung und eine entsprechende Kopie in einem zugänglichen Format zu erhalten);

b) das Recht auf **Berichtigung** der Daten (der Verantwortliche sorgt auf die Meldung der betroffenen Person hin für die Korrektur oder Ergänzung der unrichtigen oder ungenauen bzw. aufgrund mangelnder Aktualisierung unrichtig oder ungenau gewordenen Daten);

c) **Widerruf der Einwilligung** (wenn die Verarbeitung auf der Grundlage einer von der betroffenen Person erteilten Einwilligung erfolgt, dies jedoch für die in dieser Informationsschrift genannte Verarbeitung nicht der Fall ist, kann die betroffene Person ihre Einwilligung jederzeit widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der vor dem Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird);

d) das Recht auf **Löschung** der Daten (Recht auf Vergessenwerden) (zum Beispiel: die Daten sind für die Zwecke, zu denen sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig; sie wurden in unberechtigter Weise verarbeitet; sie müssen zur Erfüllung einer rechtlichen Pflicht gelöscht werden; die betroffene Person hat die erteilte Einwilligung widerrufen, was jedoch nicht für die in dieser Informationsschrift genannte Verarbeitung gilt, und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt; die betroffene Person widerspricht der Verarbeitung, sofern die Bedingungen erfüllt sind (siehe Buchstabe f);

e) das Recht auf **Einschränkung** der Datenverarbeitung (in bestimmten Fällen – Bestreiten der Genauigkeit der Daten während des zur Prüfung notwendigen Zeitraums; Bestreiten der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung mit Widerspruch gegen die Löschung; Notwendigkeit der Nutzung der Daten zur Wahrnehmung der Verteidigungsrechte der betroffenen Person, während die Daten für die Zwecke der Datenverarbeitung nicht mehr nützlich sind; wenn gegen die Verarbeitung Widerspruch eingelegt wird, während die erforderlichen Kontrollen durchgeführt werden – die Daten werden so gespeichert, dass sie bei Bedarf wiederhergestellt werden können, aber in der Zwischenzeit können sie von dem Verantwortlichen nicht eingesehen werden, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit der Prüfung der Gültigkeit des von der betroffenen Person gestellten Antrags auf Einschränkung oder mit der Zustimmung der betroffenen Person oder zur Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats);

f) das Recht auf **Widerspruch gegen die gesamte Datenverarbeitung oder gegen einzelne Abschnitte aus legitimen Gründen** (vollständiger oder teilweiser Widerspruch aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, gegen die Verarbeitung auf der Grundlage des berechtigten Interesses);
g) das Recht auf **Datenübertragbarkeit** (sollte die Datenverarbeitung auf Grundlage der Einwilligung oder eines Vertrages und mit automatisierten Mitteln erfolgen, was bei den in dieser Informationsschrift genannten Verarbeitungen nicht der Fall ist, erhält die betroffene Person auf ihre Anfrage die auf sie bezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format; sie kann diese Daten an einen anderen Verantwortlichen übermitteln, ohne durch den Verantwortlichen, dem sie die Daten zur Verfügung gestellt hat, daran gehindert zu werden; falls es technisch machbar ist, kann sie verlangen, dass diese Übermittlung direkt vom letztgenannten Verantwortlichen vorgenommen wird).
h) Recht auf **Einlegen einer Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde** (Garante per la Protezione dei dati personali – Garante Privacy).

Die Datenschutzbehörde ist über die Kontaktdaten erreichbar, die auf der Website der Behörde www.garanteprivacy.it angegeben sind.

Wir weisen darauf hin, dass die oben genannten Rechte gemäß Artikel 2-undecies des Gesetzesdekrets Nr. 196 vom 30. Juni 2003 von der gemeldeten Person, dem mutmaßlichen Täter, nicht ausgeübt werden können (weder durch einen Antrag an den Verantwortlichen noch durch eine Beschwerde beim Garante della Privacy), wenn die Ausübung dieser Rechte zu einer tatsächlichen und konkreten Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität der meldenden Person führen könnte. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit der gemeldeten Person, ihre Rechte gemäß Artikel 160 des Gesetzesdekrets Nr. 196/2003 auszuüben.